

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion PDS
– Drucksache 14/3822 –

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

A. Problem

Im Jahr 1999 wurden allein in Thüringen 1 513 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt. Die Auswirkungen dieser Firmenzusammenbrüche auf Eigenkapital von Zulieferfirmen, die wegfallenden Arbeitsplätze und auch familiäre Schicksale sind in den Statistiken nicht erfasst. Petitionen und Demonstrationen vor dem Brandenburger Tor im Juni 2000 sind Zeugnis für die Probleme und Ausdruck des Kampfes dieser betrogenen Unternehmer. Aus der Sichtung der Unterlagen (Kontenblätter, betriebswirtschaftliche Auswertungen, Kontoauszüge, Kreditverträge usw.) verstärkt sich der Anfangsverdacht, dass verschiedene Hausbanken zwar die möglichen ERP-Kredite und GA-Fördermittel bei der Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau beantragten, aber nicht an die Darlehensnehmer weitergereicht haben, sondern offenbar anderweitig verwendeten.

Ein Untersuchungsausschuss soll anhand der im Juni 2000 öffentlich bekannt gewordenen Beispielsfälle für unverschuldet in Zahlungsunfähigkeit geratene ostdeutsche Klein- und mittelständische Unternehmen klären,

1. inwieweit Bundesmittel aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm im Zeitraum 1990 bis 1993 entsprechend den gesetzlichen Richtlinien verwendet und die Vertragsabschlüsse mit den Hausbanken dem Anliegen des Programms gerecht wurden,
2. wo seinerzeit nichtausgereichte Fördermittel des ERP-Tourismusprogramms-Ost verblieben sind,
3. ob die Deutsche Ausgleichsbank, die Berliner Industriebank AG (Weberbank) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau Anfang der 90er Jahre ihre gesetzlichen Kontrollpflichten für die Ausreichung der ERP-Mittel ausreichend wahrgenommen haben.

B. Lösung

Der Haushaltsausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/3822 empfohlen.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/3822 abzulehnen.

Berlin, den 6. Dezember 2000

Der Haushaltsausschuss

Adolf Roth (Gießen)
Vorsitzender

Dr. Rolf Niese
Berichterstatter

Josef Hollerith
Berichterstatter

Antje Hermenau
Berichterstatterin

Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Rolf Niese, Josef Hollerith, Antje Hermenau, Jürgen Koppelin und Dr. Uwe-Jens Rössel**I.**

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/3822 – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses – wurde in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. September 2000 dem Haushaltsausschuss federführend sowie dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 ebenso wie der

Finanzausschuss in seiner Sitzung am 8. November 2000 empfohlen, die Vorlage abzulehnen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat zu dieser Vorlage kein Votum abgegeben.

III.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/3822 in seiner 62. Sitzung am 6. Dezember 2000 beraten und dabei dem Deutschen Bundestag empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Berlin, den 6. Dezember 2000

Dr. Rolf Niese
Berichtersteller

Josef Hollerith
Berichtersteller

Antje Hermenau
Berichtersterlerin

Jürgen Koppelin
Berichtersteller

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichtersteller